

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Stefanie Remlinger und Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE)**

vom 11. Dezember 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 12. Dezember 2014) und **Antwort**

Kritik von der EU-Kommission an den operationellen Programmen des ESF/EFRE?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Gab es seitens der EU-Kommission Anmerkungen oder Kritik an den operationellen Programmen zur Durchführung des ESF/EFRE, die die Umsetzung der Förderperiode im Fachressort Bildung-Jugend-Familie betreffen?

Zu 1.: In Bezug auf den Entwurf des Operationellen Programms (OP) ESF (Europäischer Sozialfonds) gab es auch das Fachressort Bildung-Jugend-Familie tangierende Anmerkungen der Europäischen Kommission, in Bezug auf das OP EFRE (Europäische Fonds für regionale Entwicklung) nicht.

2. Wenn ja: Wie lauten die Anmerkungen oder die Kritik und wie ist das Ressort in die Überarbeitung der OPs eingebunden?

Zu 2.: Es gab im Verhandlungsprozess seitens der Europäischen Kommission eine größere Zahl von Anmerkungen und Nachfragen. Diese betrafen zum Teil die strategischen Ansätze und Ziele sowie die daraus abgeleiteten Förderansätze, aber sehr weitgehend dienten sie der Klärung und Konkretisierung der die strategischen Ziele des OP untersetzenden Förderoperationen und waren insofern stark technischer Art. Sie bezogen sich beispielsweise auf die Bestimmung der Förderfallkosten als Grundlage prognostizierter Teilnehmerzahlen oder auf die Definition und Angemessenheit von Ergebnisindikatoren sowie die Definition von Zielwerten dazu. Anmerkungen und Nachfragen dieser Art betrafen fast alle Förderinstrumente aller Senatsressorts, die an der Umsetzung des ESF-OP partizipieren und es war durchaus von vorn herein zu erwarten, dass im Verhandlungsprozess solche Aspekte Gegenstand von Diskussionen sein würden.

Eine wesentliche, den Themenkreis Bildung, Jugend und Familie betreffende Veränderung im Verhandlungsprozess über den ESF-OP-Entwurf war die ursprünglich nicht vorgesehene Aufnahme der zusätzlichen, fünften Investitionspriorität (IP), „Verhinderung von Schulabbuch“. Zur Nicht-Berücksichtigung dieser IP bestand im Vorfeld der Verhandlungen ursprünglich Konsens mit der federführenden Generaldirektion, die jedoch im kommissionsinternen Abstimmungsprozess die Forderung nach Aufnahme der IP kommissionsintern akzeptiert und für sich übernommen hat. Unter anderem daraus resultierte dann eine Veränderung der Struktur des OP, jedoch ohne dass damit inhaltliche Modifizierungen der Förderinstrumente oder deren Finanzausstattungen verbunden gewesen wären.

Während des Verhandlungsprozesses stand die Verwaltungsbehörde ESF bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft, wie mit allen beteiligten Senatsressorts, stets in engem Kontakt.

Berlin, den 18. Dezember 2014

In Vertretung

Henner B u n d e

.....
Senatsverwaltung für Wirtschaft,
Technologie und Forschung

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 29. Dez. 2014)